

Bundesgesetzblatt ³⁵¹⁷

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 22. Oktober 1994

Nr. 51

Tag	Inhalt	Seite
10. 10. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über die Seeschifffahrt GESTA: XJ21	3518
17. 10. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Seeschifffahrt	3522
7. 10. 94	Dreiundsechzigste Verordnung zur Änderung der Zolltarifverordnung (Besondere Zollsätze 1995 gegenüber Rumänien – EGKS)	3529
10. 10. 94	Verordnung über die Inkraftsetzung einer Änderung der Anlage B des Vertrags vom 11. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und andere graphische Bezeichnungen	3534
15. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	3535
15. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	3536
16. 9. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt	3537
16. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	3538
22. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs	3539
23. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)	3540

Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam
über die Seeschifffahrt

Vom 10. Oktober 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 29. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. Oktober 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über die Seeschifffahrt

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam, die sich auf die Prinzi-pien der beiderseitigen Interessen und der Gleichbehandlung zwischen den beiden Ländern gründen, zu gewährleisten und in dem Wunsch, die freie internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministe-rium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Sozialistischen Republik Vietnam das Ministerium für Verkehrs- und Transportwesen und die ihm nachgeord-neten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerei-fahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragspar-teien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspar-tei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist;
5. der Ausdruck „Passagiere“ die Personen, die auf dem Schiff einer Vertragspartei reisen und nicht angestellt beziehungs-weise mit irgendeiner Aufgabe an Bord dieses Schiffes betraut sind, und deren Name in der Passagierliste des besagten Schiffes enthalten ist.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern. Sie wer-den sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten

internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteili-gung der Seeschiffahrtsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhan-dels ausgetauschten Waren sowie am Seeverkehr zwischen ih-rem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnten.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwi-schen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Das Recht von Seeschiffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie von Schiffen unter der Flagge eines Drittstaats, sich an der Beförderung der im bilateralen Außenhandel der beiden Vertrags-parteien ausgetauschten Waren zu beteiligen, wird durch dieses Abkommen nicht berührt.

(4) Die von Seeschiffahrtsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragspar-teien geschlossen haben und im besonderen nicht die Verpflich-tungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen inter-nationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Jede Vertragspartei unterläßt jegliche diskriminierenden Hand-lungen gegenüber Schiffen und Besatzungsmitgliedern der ande-ren Vertragspartei im Seeverkehr zwischen beiden Ländern.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegen-seitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der ande-ren Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffahrtsunternehmen beider Vertrags-parteien auf Zugang zur Ausübung von kommerziellen Tätigkeiten entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Ver-tragspartei gelten.

Artikel 6

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistun-

gen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden. Alle Zahlungen und Transfers werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Verordnungen durchgeführt, die in den Gebieten der jeweiligen Vertragspartei Anwendung finden.

Artikel 7

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

1. das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschießen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
2. die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
3. Schiffe, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
4. Meeresforschungsaktivitäten;
5. das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern;
6. die Rechte beider Vertragsparteien, Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheit und der öffentlichen Gesundheit oder zur Verhütung von Krankheiten und Seuchen bei Tieren oder Pflanzen zu ergreifen.

Artikel 8

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe des Seeschiffahrtsunternehmens oder der Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühren werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente und Patente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland und für die Sozialistische Republik Vietnam der Reisepaß oder das Seefahrtsbuch.

Artikel 12

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sozialistischen Republik Vietnam ein Landgangsausweis.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchreisen, um sich zum Zweck seiner Heimschaffung oder aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben. Die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen oder Steuern, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den Seeschiffahrtsverwaltungen und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamen Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffsunternehmen und der Seeschiffsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Die Vertragsparteien ermutigen die Reederei und die mit der Seeschifffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 17

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Es verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere fünf Jahre, sofern es nicht von einer der Vertragsparteien spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

(2) Dieses Abkommen kann jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

Geschehen zu Bonn am 29. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und vietnamesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Kinkel
Wissmann

Für die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam

Ngvyen Mauh Cam

Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt

Vom 17. Oktober 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kiew am 10. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 17. Oktober 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Ukraine
über die Seeschifffahrt**

**Угода
між Урядом Федеративної Республіки Німеччина
і Урядом України
про морське судноплавство**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und die Regierung der Ukraine –

Уряд Федеративної Республіки Німеччина
і Уряд України

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

прагнучи забезпечити гармонійний розвиток відносин між федеративною Республікою Німеччина і Україною у галузі морського судноплавства, що мають базуватися на обопільній зацікавленості цих країн і свободі їх зовнішньої торгівлі, та якомога зміцнити міжнародне співробітництво в цій галузі,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

у розумінні того, що двосторонній обмін товарами має супроводжуватися дієвим обміном послугами,

sind wie folgt übereingekommen:

домовилися про таке:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Ukraine das Ministerium für Verkehr;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischereifahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13 und 14 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern. Sie wer-

Стаття 1

Визначення понять

У цій Угоді мається на увазі

1. під поняттям „компетентна установа морського транспорту“
 - a) у Федеративній Республіці Німеччина - Міністерство транспорту та підлеглі йому установи,
 - b) в Україні - Міністерство транспорту;
2. під поняттям „судно Договірної Сторони“ кожне судно, яке плаває у відповідності до правових норм цієї Договірної Сторони під її прапором і занесене до реєстру військових та риболовецьких суден. З огляду на застосування статей 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13 і 14 під „судном Договірної Сторони“ мається на увазі також кожне судно під прапором третьої держави, яке використовується установою морського транспорту однієї з Договірних Сторін;
3. під поняттям „установа морського транспорту Договірної Сторони“ транспортне підприємство, котре використовує морські судна, має своє постійне розташування на території цієї Договірної Сторони і визнається у відповідності до її юридичних норм як „установа морського транспорту“;
4. під поняттям „член екіпажу“ капітан і будь-яка особа, котра виконує під час рейсу завдання або службу на борту судна і чиє прізвище занесене до судової ролі.

Стаття 2

Свобода руху

1. Договірні Сторони погоджуються сприяти розвитку морського судноплавства між обома своїми країнами. Вони

den sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beidseitigen Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, vor allem aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Praktische Einzelheiten, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, sind durch die am bilateralen Verkehr beteiligten Seeschiffsverkehrsunternehmen, die der betreffenden Linienkonferenz angehören, zu regeln.

(3) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsverkehrsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsverkehrsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung und Nutzung von Agenturleistungen entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

утримуються від будь-якого заходу, котрий міг би зашкодити безобмежним міжнародним морським перевезенням, а також необмеженій участі підприємств морського транспорту обох Договірних Сторін у перевезенні вантажів у рамках двосторонньої зовнішньої торгівлі та морським перевезенням між їхніми країнами та третіми державами.

2. Судна кожної Договірної Сторони мають право здійснювати рейси між портами обох Договірних Сторін, відкритими для міжнародного торговельного транспорту, та перевозити пасажирів і вантажі як поміж двома Договірними Сторонами, так і поміж кожною із Договірних Сторін і третіми країнами.

3. Підприємства морського транспорту третіх країн, а також судна під прапором третьої держави можуть без обмежень брати участь у перевезенні вантажів у рамках двосторонньої торгівлі між Договірними Сторонами. Зафрахтовані підприємствами морського транспорту Договірних Сторін судна користуються тими ж пільгами, що й ті, які плавають під прапором однієї з Договірних Сторін.

Стаття 3

Міжнародні зобов'язання

1. Ця Угода не стосується зобов'язань, що випливають з інших міжнародних угод, укладених Договірними Сторонами, перед усім з Конвенції Об'єднаних Націй від 6 квітня 1974 року про кодекс поведінки у лінійних конференціях, і, зокрема, тих зобов'язань, що випливають для Федеративної Республіки Німеччина з її членства у Європейському Співтоваристві.

2. Практичні подробиці, що випливають з виконання Конвенції про кодекс поведінки у лінійних конференціях, мають регулюватися підприємствами морського транспорту, котрі беруть участь у двосторонніх перевезеннях, і належать до відповідних лінійних конференцій.

3. Обидві Договірні Сторони прагнуть ратифікувати відповідні міжнародні конвенції про безпеку суден, про соціальні умови моряків, про перевезення небезпечних вантажів та про захист морського навкілля.

Стаття 4

Уникнення дискримінації підприємства морського транспорту

Обидві Договірні Сторони не застосовуватимуть у міжнародному морському судноплавстві дискримінаційних дій будь-якого характеру, котрі зачіпали б інтереси морського судноплавства іншої Сторони або могли б зашкодити вільному вибору підприємства морського транспорту всупереч принципам вільної конкуренції.

Стаття 5

Режими у портах і територіальних водах

1. Кожна Договірна Сторона забезпечує суднам іншої Договірної Сторони у своїх портах, територіальних водах та інших підлеглих її юрисдикції водоймах на основі взаємності таке ж ставлення, як і до власних суден, що беруть участь у міжнародних перевезеннях, зокрема під час заходу до порту, перебування там і виходу з порту, у використанні портових споруд для вантажних і пасажирських перевезень, а також у доступі до всіх послуг та інших існуючих закладів.

2. Згадана у пункті 1 взаємність розповсюджується також на право підприємства морського транспорту обох Договірних Сторін на доступ до здійснення та використання агентських послуг у відповідності до законів, чинних з боку кожної Договірної Сторони.

Artikel 6
Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artikel 7
Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschießen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8
Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe der Seeschiffsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9
Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Стаття 6
Свобода перерахувань

Кожна Договірна Сторона забезпечує підприємствам морського транспорту іншої Договірної Сторони право застосовувати доходи від послуг морського транспорту у територіальних водах першої Договірної Сторони для платежів, пов'язаних із судноплавством або перераховувати їх у вільно конвертованій валюті за кордон. Перераховування мають здійснюватися за офіційним обмінним курсом і у звичний термін.

Стаття 7
Галузі, виключені зі сфери застосування цієї Угоди

Ця Угода не зачіпає чинних юридичних норм кожної із Договірних Сторін щодо:

- a) переважного права власного прапору для національного каботажного судноплавства, рятувальної, буксирної, лоцманської та інших служб, котрі передбачені для її власних підприємств морського транспорту чи інших або громадян; проте про прибережне судноплавство не йдеться, якщо судно однієї з договірних Сторін здійснює рейс поміж портами Договірної Сторони, щоб висадити пасажирів або вивантажити чи взяти на борт або перевезти вантаж чи пасажирів третьої країни;
- b) зобов'язання для суден брати на борт лоцмана;
- v) транспортних засобів, котрі виконують завдання державної служби;
- г) морських розвідувальних робіт;
- д) переважного права вимірювання морських глибин у територіальних водах.

Стаття 8
Дотримання юридичних норм іншої Договірної Сторони в її територіальних водах

1. Судна кожної Договірної Сторони, а також їхні екіпажі, пасажирів та вантажі підпадають у територіальних водах іншої Договірної Сторони під дію чинних там юридичних норм.

2. Судна підприємств морського транспорту кожної із Договірних Сторін, перебуваючи у територіальних водах іншої Договірної Сторони, підпадають під дію чинних там законів і інших правових норм про захід у її територіальні води та вихід з них, а також про експлуатацію та керування суднами, що беруть участь у міжнародних перевезеннях.

3. Пасажирів, члени екіпажу та відправники вантажів мусять дотримуватися чинних у територіальних водах кожної із Договірних Сторін законів та інших юридичних норм щодо в'їзду, перебування, та виїзду пасажирів і екіпажів, а також ввіз та складування товарів, зокрема правил оформлення звільнення на берег, імміграції, митних, податкових та карантинних правил.

Стаття 9
Заходи з метою полегшення морського судноплавства

Договірні Сторони вживуть у межах своїх законів і правил портового розпорядку всіх необхідних заходів з метою полегшення і розвитку морських перевезень, уникнення зайвих затримок стоянки суден та, за змогою, прискорення і спрощення митних та інших портових формальностей, а також полегшення використання існуючих очисних устаткувань.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen
und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühren werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtsbuch und für die Ukraine der Personalausweis für Seeleute gemäß Artikel 4 des ILO-Übereinkommens 108.

Artikel 12**Einreise, Durchreise
und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafens aufzuhalten.

Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Ukraine ein befristeter Passierschein.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung,
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund; die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland gelten-

Стаття 10**Взаємне визнання обмірних посвідчень
та інших судових документів**

1. Виготовлені однією з Договірних Сторін визнані у відповідності до міжнародних конвенцій відповідні документи, що перебувають на борту судна цієї Договірної Сторони, визнаються також іншою Договірною Стороною.

2. Судна однієї з Договірних Сторін, що мають обмірні посвідчення, оформлені згідно правилам, звільняються від повторного обмірювання у портах іншої Договірної Сторони. Обчислення портових зборів відбувається на основі цих документів.

Стаття 11**Особисті посвідчення членів екіпажів**

1. Кожна з Договірних Сторін визнає виготовлені компетентними установами іншої Договірної Сторони особисті посвідчення і надає власникам цих документів права, передбачені в статті 12.

2. Особисті посвідчення для Федеративної Республіки Німеччина є закордонний паспорт або мореплавська книжка, для України – посвідчення особи моряка згідно статті 4 Конвенції МОП N 108.

Стаття 12**В'їзд, транзит
і перебування членів екіпажу**

1. Кожна Договірна Сторона дозволяє членам екіпажу судна іншої Договірної Сторони, котрі є власниками вказаних у статті 11 особистих посвідчень, сходити на берег протягом стоянки у порту іншої Договірної Сторони без оформлення дозволу на перебування (візи) у відповідності до чинних в країні перебування законів та інших відповідних правил та перебувати в районі портового міста.

У таких випадках необхідні:

- у Федеративній Республіці Німеччина – посвідчення про звільнення на беріг,
- в Україні – тимчасова перепустка.

2. Кожен член екіпажу, маючи вказані у статті 11 особисті посвідчення, має право після одержання дозволу (візи) на перебування пересікати територію іншої Договірної Сторони у випадках:

- з метою повернення додому;
- переїзду на інше судно або прямування на своє судно;

– а також з іншою метою, визнаною за поважну компетентними установами іншої Договірної Сторони. Відповідний дозвіл на перебування (віза) має бути виданий у якомога короткий термін.

3. Компетентні установи Договірних Сторін дають дозвіл на перебування, необхідне для стаціонарного лікування членові екіпажу, доставленого до лікарні на території однієї з Договірних Сторін.

4. Обидві Договірні Сторони зберігають за собою право забороняти в'їзд на свою територію персонам нон грата, навіть якщо ці особи мають вказані у статті 11 особисті посвідчення.

5. Службовці дипломатичних місій та консульських представництв однієї Договірної Сторони, а також капітан і члени екіпажу суден цієї Договірної Сторони мають право, дотримуючись чинних у державі перебування відповідних

den einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffsbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischte Seeschiffahrtskommission und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird eine Gemischte Seeschiffahrtskommission gebildet, die aus den zuständigen Seeschiffahrtsbehörden der Vertragsparteien sowie aus Vertretern der einschlägigen Wirtschaftskreise und Experten besteht.

(2) Diese Kommission behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschiffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine;
- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind, und insbesondere im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die Gemischte Seeschiffahrtskommission tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behand-

lung der Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

6. Вищезазначені положення не порушують правила Договірних Сторін щодо в'їзду, перебування та виїзду іноземців.

Стаття 13

Пригоди на морі

1. Якщо судно однієї Договірної Сторони зазнає в територіальних водах іншої Договірної Сторони корабельної аварії або пошкодження, сяде на мілину або потрапить якимсь чином у біду на морі, то установи цієї іншої Договірної Сторони забезпечать капітанові, членам екіпажу, пасажиром, а також самому судну і вантажу такий же захист і допомогу, як і суднам під власним прапором. Вказані в 1-му реченні пригоди розслідуватимуться установами Договірної Сторони, названими одна одній, якщо існує громадська зацікавленість, але в усякому разі у тому випадку, якщо під час такої пригоди транспортний засіб затонував або був покинутий напризволяще чи хтось загинув. Наслідки розслідування за змогою будуть повідомлені названими установами іншої Договірної Сторони якнайшвидше.

2. Договірні Сторони не вимагатимуть у разі пригоди на морі або аварії судна оплати ввізного мита, податків або будь-яких інших відрахувань, яким підлягають вантаж, оснащення, матеріали, запаси та інші суднові приладдя, якщо ці предмети не використовуватимуться і не витратимуться на території іншої Договірної Сторони.

3. Розділ 2 не виключає застосування законів та інших правових норм Договірних Сторін стосовно тимчасового складування товарів.

Стаття 14

Змішана комісія з морського судноплавства і консультації

1. З метою забезпечення ефективної реалізації цієї Угоди буде утворено Змішану комісію з морського судноплавства, яка складатиметься з представників компетентних установ морського транспорту Договірних Сторін, представників відповідальних ділових кіл та експертів.

2. Ця комісія розглядатиме питання, що становлять обопільний інтерес, зокрема питання, пов'язані з

- сприянням співробітництву в галузі морського транспорту між Федеративною Республікою Німеччина і Україною;
- діяльністю підприємств морського транспорту і суден Договірних Сторін, задіяних у морському сполученні між Договірними Сторонами, зокрема у зв'язку з діяльністю, котра впливає із застосування Конвенції про кодекс поведінки на лінійних конференціях;
- дотриманням усіх умов правильного виконання морських перевезень підприємствами морського транспорту кожної Договірної Сторони;
- двосторонніми консультаціями підприємств і установ морського транспорту обох Договірних Сторін;
- лагідним влаштуванням суперечок аж до тих, що стосуються тлумачення цієї Угоди.

3. Змішана комісія з морського судноплавства збирається на вимогу однієї з Договірних Сторін не пізніше трьох місяців від дня подання заяви.

4. Обидві Договірні Сторони зобов'язуються дотримуватися принципів взаємної вигоди та

lung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

недискримінаційного ставлення до підприємств морського транспорту і суден обох Договірних Сторін.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen, wie beim Aufbau einer Klassifikationsgesellschaft in der Ukraine zu suchen und zu entwickeln.

Обидві Договірні Сторони заохочуватимуть пароплавання та установи обох країн, причетні до судноплавання, шукати і розвивати всі можливі форми співпраці, зокрема в підготовці кадрів і вирішенні технічних питань, таких як створення Класифікаційної спілки в Україні.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Стаття 16

Набуття чинності Угоди

Ця Угода набуває чинності у той день, коли Договірні Сторони обмінюються нотами про те, що виконано всі внутрідержавні передумови, необхідні для набуття чинності цієї Угоди. Днем набуття чинності вважатиметься день надходження останньої ноти.

Artikel 17

Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Стаття 17

Строк дії та розірвання Угоди

1. Ця Угода укладається на необмежений строк.

2. Ця Угода може бути розірвана кожною Стороною з додержанням шестимісячного терміну попередження шляхом нотифікації.

Geschehen zu Kiew am 10. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Укладено у м. Києві 10 червня 1993 р. у двох примірниках, кожен німецькою і українською мовами, причому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Уряд федеративної Республіки Німеччина
Matthias Wissmann
Trumpf

Für die Regierung der Ukraine
За Уряд України
O. D. Klimpusch

**Dreiundsechzigste Verordnung
zur Änderung der Zolltarifverordnung
(Besondere Zollsätze 1995 gegenüber Rumänien – EGKS)**

Vom 7. Oktober 1994

Auf Grund des § 6 Abs. 3 Nr. 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125, 1993 I S. 2493) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

In der Anlage zu § 1 der Zolltarifverordnung vom 24. September 1986 (BGBl. II S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. März 1994 (BGBl. II S. 374), erhalten im Abschnitt „Besondere Zollsätze gegenüber Rumänien – EGKS“ die Codenummern 7201 1011 bis 7302 9010 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1995 in Kraft.

Bonn, den 7. Oktober 1994

**Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel**

Anlage
(zu Artikel 1)

Codenummer	Zollsatz %	Codenummer	Zollsatz %
1	2	1	2
7201 1011	1,3	7208 1291	1,8
7201 1019	1,3	7208 1295	1,8
7201 1030	1,3	7208 1298	1,8
7201 1090	1,3	7208 1310	1,5
7201 2000	1,6	7208 1391	1,8
7201 3010	frei	7208 1395	1,8
7201 3090	1,3	7208 1398	1,8
7201 4000	1,3	7208 1410	1,5
7202 1120	1,6	7208 1491	1,8
7202 1180	1,6	7208 1499	1,8
7202 9911	1,6	7208 2110	1,8
7203 1000	1*)	7208 2190	1,8
7203 9000	1,3	7208 2210	1,5
7204 1000	frei	7208 2291	1,8
7204 2110	frei	7208 2295	1,8
7204 2190	frei	7208 2298	1,8
7204 2900	frei	7208 2310	1,5
7204 3000	frei	7208 2391	1,8
7204 4110	frei	7208 2395	1,8
7204 4191	frei	7208 2398	1,8
7204 4199	frei	7208 2410	1,5
7204 4910	frei	7208 2491	1,8
7204 4930	frei	7208 2499	1,8
7204 4991	frei	7208 3100	1,8
7204 4999	frei	7208 3210	2
7204 5010	frei	7208 3230	2
7204 5090	1	7208 3251	2
7206 1000	1	7208 3259	2
7206 9000	1	7208 3291	2
7207 1111	1,3	7208 3299	2
7207 1114	1,3	7208 3310	2
7207 1116	1,3	7208 3391	2
7207 1210	1,3	7208 3399	2
7207 1911	2,4	7208 3410	2
7207 1914	1,8	7208 3490	2
7207 1916	1,8	7208 3510	2
7207 1931	1,8	7208 3590	1,8
7207 2011	1,3	7208 4100	1,8
7207 2015	1,3	7208 4210	2
7207 2017	1,3	7208 4230	2
7207 2032	1,3	7208 4251	2
7207 2051	2,4	7208 4259	2
7207 2055	1,8	7208 4291	2
7207 2057	1,8	7208 4299	2
7207 2071	1,8	7208 4310	2
7208 1100	1,8	7208 4391	2
7208 1210	1,5	7208 4399	2
		7208 4410	2

*) Dieser Zollsatz ist bis auf weiteres vollständig ausgesetzt.

Codenummer	Zollsatz %	Codenummer	Zollsatz %
1	2	1	2
7208 4490	2	7211 1100	1,8
7208 4510	2	7211 1210	1,8
7208 4590	1,8	7211 1290	2,1
7208 9010	2	7211 1910	1,8
7209 1100	2	7211 1991	2,1
7209 1210	2	7211 1999	2,1
7209 1290	1,8	7211 2100	1,8
7209 1310	2	7211 2210	1,8
7209 1390	2,1	7211 2290	2,1
7209 1410	2	7211 2910	1,8
7209 1490	2,1	7211 2991	2,1
7209 2100	2	7211 2999	2,1
7209 2210	2	7211 3010	2
7209 2290	1,8	7211 4110	2
7209 2310	2	7211 4191	2,1
7209 2390	2,1	7211 4910	2
7209 2410	2	7211 9011	2
7209 2491	2,1	7212 1010	2
7209 2499	2,1	7212 1091	2
7209 3100	2	7212 2111	2,1
7209 3210	2	7212 2911	2,1
7209 3290	1,8	7212 3011	2,1
7209 3310	2	7212 4010	2
7209 3390	2,1	7212 4091	2
7209 3410	2	7212 5031	2,1
7209 3490	2,1	7212 5051	2
7209 4100	2	7212 6011	2
7209 4210	2	7212 6091	2
7209 4290	1,8	7213 1000	2
7209 4310	2	7213 2000	2,4
7209 4390	2,1	7213 3120	2
7209 4410	2	7213 3181	2
7209 4490	2,1	7213 3189	2
7209 9010	2	7213 3910	2
7210 1110	2	7213 3990	2
7210 1211	2	7213 4100	2
7210 1219	2	7213 4900	2
7210 2010	2	7213 5020	2
7210 3110	2,1	7213 5081	2
7210 3910	2,1	7213 5089	2
7210 4110	2,1	7214 2000	1,8
7210 4910	2,1	7214 3000	2,4
7210 5010	2	7214 4010	1,8
7210 6011	2	7214 4020	1,8
7210 6019	2	7214 4051	1,8
7210 7031	2	7214 4059	1,8
7210 7039	2	7214 4080	1,8
7210 9031	2	7214 5010	1,8
7210 9033	2	7214 5031	1,8
7210 9035	2	7214 5039	1,8
7210 9039	2	7214 5090	1,8
		7214 6000	1,8

Codenummer	Zollsatz %	Codenummer	Zollsatz %
1	2	1	2
7215 9010	1,5	7219 3590	2,4
7216 1000	1,8	7219 9011	2,4
7216 2100	1,8	7219 9019	2,4
7216 2200	1,8	7220 1100	2,4
7216 3111	1,8	7220 1200	2,4
7216 3119	1,8	7220 2010	2,4
7216 3191	1,8	7220 9011	2,4
7216 3199	1,8	7220 9031	2,4
7216 3211	1,8	7221 0010	2,4
7216 3219	1,8	7221 0090	2,4
7216 3291	1,8	7222 1011	2,4
7216 3299	1,8	7222 1019	2,4
7216 3310	1,8	7222 1021	2,4
7216 3390	1,8	7222 1029	2,4
7216 4010	1,8	7222 1031	2,4
7216 4090	1,8	7222 1039	2,4
7216 5010	1,8	7222 1081	2,4
7216 5091	1,8	7222 1089	2,4
7216 5099	1,8	7222 3010	2
7216 9010	1,5	7222 4011	2,4
7218 1000	1	7222 4019	2,4
7218 9011	1,3	7222 4030	2
7218 9013	1,3	7224 1000	1
7218 9015	1,3	7224 9001	1,3
7218 9019	1,3	7224 9005	1,3
7218 9050	2,4	7224 9008	1,3
7219 1110	2,4	7224 9015	1,3
7219 1190	2,4	7224 9031	2,4
7219 1210	2,4	7224 9039	2,4
7219 1290	2,4	7225 1010	2,4
7219 1310	2,4	7225 1091	2,4
7219 1390	2,4	7225 1099	2,4
7219 1410	2,4	7225 2020	2,4
7219 1490	2,4	7225 3000	2,4
7219 2111	2,4	7225 4010	2,4
7219 2119	2,4	7225 4030	2,4
7219 2190	2,4	7225 4050	2,4
7219 2210	2,4	7225 4070	2,4
7219 2290	2,4	7225 4090	2,4
7219 2310	2,4	7225 5010	2,4
7219 2390	2,4	7225 5090	2,4
7219 2410	2,4	7225 9010	2,4
7219 2490	2,4	7226 1010	2,4
7219 3110	2,4	7226 1031	2,4
7219 3190	2,4	7226 1039	2,4
7219 3210	2,4	7226 2020	2,4
7219 3290	2,4	7226 9110	2,4
7219 3310	2,4	7226 9190	2,4
7219 3390	2,4	7226 9210	2,4
7219 3410	2,4	7226 9920	2,4
7219 3490	2,4	7227 1000	2,4
7219 3510	2,4	7227 2000	2,4

Codenummer	Zollsatz %	Codenummer	Zollsatz %
1	2	1	2
7227 9010	2,4	7228 3070	2,4
7227 9031	2,4	7228 3089	2,4
7227 9050	2,4	7228 6010	2
7227 9070	2,4	7228 7010	2,4
7228 1010	2,4	7228 7031	2
7228 1030	2	7228 8010	2,4
7228 2011	2,4	7228 8090	1,5
7228 2019	2,4	7301 1000	1,8
7228 2030	2	7302 1031	1,8
7228 3020	2,4	7302 1039	1,8
7228 3041	2,4	7302 1090	1
7228 3049	2,4	7302 2000	1,5
7228 3061	2,4	7302 4010	1,5
7228 3069	2,4	7302 9010	1,5

**Verordnung
über die Inkraftsetzung
einer Änderung der Anlage B des Vertrags vom 11. September 1970
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Spanischen Staat
über den Schutz von Herkunftsangaben,
Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen
Vom 10. Oktober 1994**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen vom 3. März 1972 (BGBl. 1972 II S. 109) verordnet das Bundesministerium der Justiz:

§ 1

Durch Notenwechsel vom 29. März 1993 und 15. Februar 1994 gemäß Artikel 9 des Vertrags vom 11. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen sind im Abschnitt VII der Anlage B des Vertrags die Worte „Perlas de Manacor o de Mallorca“ durch die Worte „Perlas de las Islas Baleares“ ersetzt worden. Diese Änderung wird hiermit in Kraft gesetzt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Änderung der Anlage B des Vertrags in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Änderung der Anlage B des Vertrags außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 10. Oktober 1994

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 15. September 1994

I.

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Dominica am 18. Mai 1994

nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung, wonach Dominica nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des Abkommens die in Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte

(Übersetzung)

„events occurring before 1 January 1951“ „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“

in dem Sinne versteht, daß es sich um

(Übersetzung)

„events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951“ „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind“

handelt,

in Kraft getreten.

Ferner hat die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Januar 1994 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Abkommen gebunden betrachtet.

II.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Dominica am 17. Februar 1994

in Kraft getreten.

Ferner hat die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Januar 1994 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Protokoll gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Februar 1961 (BGBl. II S. 140), vom 14. April 1970 (BGBl. II S. 194) und vom 18. April 1994 (BGBl. II S. 629).

Bonn, den 15. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
Vom 15. September 1994**

Die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Paris am 24. Juli 1971 beschlossenen Fassung (BGBl. 1973 II S. 1069; 1985 II S. 81) ist nach ihrem Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe a für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	6. März 1994
El Salvador	am	19. Februar 1994
Jamaika	am	1. Januar 1994
Tansania	am	25. Juli 1994

mit der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung, wonach Jamaika und Tansania gemäß Artikel I des Anhangs zu dieser Übereinkunft die in Artikel II und III des Anhangs vorgesehenen Befugnisse in Anspruch nehmen. Tansania hat außerdem eine Erklärung nach Artikel 33 Abs. 2 der in Paris beschlossenen Fassung der Übereinkunft abgegeben.

Die Übereinkunft in der in Paris beschlossenen Fassung wird nach ihrem Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe a für

Estland	am	26. Oktober 1994
Guyana	am	25. Oktober 1994

in Kraft treten.

Die Artikel 1 bis 21 und der Anhang der in Paris beschlossenen Fassung der Übereinkunft treten nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe a für

Polen	am	22. Oktober 1994
-------	----	------------------

in Kraft.

Bosnien-Herzegowina hat dem Generalsekretär der Weltorganisation für geistiges Eigentum die Weiteranwendung der Übereinkunft in der in Paris beschlossenen Fassung notifiziert.

Bulgarien hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 3. Mai 1994 die Rücknahme seiner bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 4. September 1974 abgegebenen Erklärung nach Artikel 33 Abs. 2 der in Paris beschlossenen Fassung der Übereinkunft notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 4. Dezember 1974 (BGBl. II S. 1395), 10. Juli 1975 (BGBl. II S. 1119), 20. September 1990 (BGBl. II S. 1346) und 2. Mai 1994 (BGBl. II S. 774).

Bonn, den 15. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg,
des Königreichs der Niederlande und der Republik Polen
betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt**

Vom 16. September 1994

Das in Brüssel am 29. März 1991 unterzeichnete Übereinkommen zwischen den Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (BGBl. 1993 II S. 1099) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Deutschland am 1. Mai 1991
in Kraft getreten.

Das Übereinkommen ist ferner am 1. Mai 1991 in Kraft getreten für

Belgien
Frankreich
Italien
Luxemburg
Polen.

Das Übereinkommen ist gemäß seinem Artikel 6 Abs. 4 weiterhin in Kraft getreten für die

Niederlande (nur für das Königreich in Europa) am 1. Juli 1994
Ferner ist das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 7 Abs. 3 für

Spanien am 1. Januar 1993
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Juli 1993 (BGBl. II S. 1099), die hiermit insoweit ergänzt wird.

Bonn, den 16. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen
über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses**

Vom 16. September 1994

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 II S. 206, 220) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Finnland

am 1. August 1994

in Kraft getreten.

Finnland hat bei Hinterlegung seiner Annahmeerkunde die folgenden Vorbehalte angebracht und die nachstehende Erklärung abgegeben:

Reservations	Vorbehalte
<p>„Finland declares, according to Article 27 and Article 6, paragraph 3 of the Convention, that it reserves the right to accept only communications made in English or accompanied by a translation into English.</p> <p>Finland declares, according to Article 27 and Article 17 of the Convention, that in cases covered by Articles 8 and 9 of the Convention recognition and enforcement of decisions relating to custody may be refused on any of the grounds mentioned in Article 10.”</p> <p>Declaration</p> <p>„Finland declares, according to Article 20, paragraph 2, that agreements between the Nordic countries relating to recognition and enforcement of decisions concerning custody of children will be applied between the Nordic countries in place of this Convention.”</p>	<p style="text-align: right;"><i>(Übersetzung)</i></p> <p>„Finnland erklärt nach Artikel 27 und Artikel 6 Absatz 3 des Übereinkommens, daß es sich das Recht vorbehält, nur Mitteilungen anzunehmen, die in englischer Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in die englische Sprache begleitet sind.</p> <p>Finnland erklärt nach den Artikeln 27 und 17 des Übereinkommens, daß in den von den Artikeln 8 und 9 des Übereinkommens erfaßten Fällen die Anerkennung und Vollstreckung von Sorgerechtsentscheidungen aus jedem der in Artikel 10 genannten Gründe versagt werden kann.“</p> <p>Erklärung</p> <p>„Finnland erklärt nach Artikel 20 Absatz 2, daß Übereinkünfte zwischen den Nordischen Ländern betreffend die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder zwischen den Nordischen Ländern anstelle dieses Übereinkommens angewendet werden.“</p>

Die Anschrift der zentralen Behörde Finnlands (nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens) lautet:

Ministry of Justice
Eteläesplanadi 10
P.O. Box 1
FIN-00131 Helsinki
Tel.: +358-0-18251
Fax: +358-0-1825224.

II.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats des Europarats lautet die Anschrift der zentralen Behörde Frankreichs nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens wie folgt (vgl. die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1990, BGBl. 1991 II S. 392):

Ministère de la Justice
Service des Affaires Européennes et Internationales
Bureau du droit international et de l'entraide judiciaire
internationale en matière civile et commerciale (L 1)
13 Place Vendôme – 75042 Paris
Tel.: (1) 44 86 14 66.

Die Anschrift der zentralen Behörde Spaniens nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens lautet wie folgt (vgl. die Bekanntmachungen vom 19. Dezember 1990, BGBl. 1991 II S. 392 und vom 28. März 1991, BGBl. II S. 668):

Secretaria General Técnica
Ministerio de Justicia e Interior
Madrid
Spain.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Juli 1993 (BGBl. II S. 1274).

Bonn, den 16. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches**

Vom 22. September 1994

Das Übereinkommen vom 22. Juli 1964 über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches (BGBl. 1973 II S. 701), revidiert durch das Protokoll vom 16. November 1989 (BGBl. 1993 II S. 15), ist nach seinem Artikel 12 Abs. 3 und 4 für die

Europäische Gemeinschaft am 22. September 1994
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Mai 1994 (BGBl. II S. 754).

Bonn, den 22. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,05 DM (6,20 DM zuzüglich 1,85 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)

Vom 23. September 1994

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 2. Februar 1994 seine Rechtsnachfolge zu dem Europäischen Übereinkommen vom 15. November 1975 über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR) – BGBl. 1983 II S. 245; 1985 II S. 53; 1988 II S. 379 – notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erlangung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieses Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1993 (BGBl. 1994 II S. 294).

Bonn, den 23. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann